

Denkwürdigkeiten



Journal der
Politisch-Militäri-
schen
Gesellschaft

Nr. 4
Juli 1998

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V. in Bonn.

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

mit dieser Ausgabe meldet sich erstmals *atlanticus* zu Wort, ein uns wohlbekanntes Mitglied der **pmg**. Er wird uns regelmäßig Ansichten und Einsichten von der anderen Seite des Atlantiks vermitteln. Anfang Mai konnte ich mit seiner Unterstützung einen lohnenden Besuch in **Washington** machen. Dabei mußte ich erneut feststellen, daß offensichtlich Bedarf für einen verstärkten **strategischen Dialog** über den Atlantik hinweg besteht.

Das Interesse zur Zusammenarbeit mit der **pmg** und ihren Mitgliedern ist beachtlich. Ich habe bereits eine Reihe von direkten Kontakten zwischen Mitgliedern der **pmg** und Gremien und Mitgliedern der *strategic community* in Washington vermitteln können.

Besonders die deutschen Positionen zu strategischen Herausforderungen im Mittelmeerraum, bei der Theater Missile Defense, Proliferation, NATO-Öffnung sowie die Ausrichtung der Bundeswehr auf neue Aufgaben (Peace Support Operations, Command-Control-Communications, Mobilität usw.) fanden große Aufmerksamkeit.

Das von mir vermittelte Bild eines handlungsbereiten, verantwortungsbewußten Deutschlands, das sich den strategischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft stellt, fand große Sympathie. Es entspricht allerdings (noch) nicht der amerikanischen Perzeption. Alle Gesprächspartner stellten fest, daß künftig deutlich **mehr europäische und gerade auch deutsche Handlungsbereitschaft gewünscht** wird.

Offensichtlich sind die amerikanischen Streitkräfte angesichts ihrer globalen Verpflichtungen bereits über ein auf

Dauer erträgliches Maß gefordert.

Deutschlands engagierte Handlungsbereitschaft in **Bosnien und Herzegowina** wie auch in diesen Tagen im **Kosovo** hat allerdings erste positive Spuren hinterlassen.

Es zeigt unseren Verbündeten, daß sich das vereinte Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung zunehmend bewußt ist.

atlanticus wird seinen Beitrag leisten, unsere Sinne für Entwicklungen und Perzeptionen in Nordamerika zu schärfen. Die *strategic community* in den USA wird zugleich auf die **pmg** und ihr Potential aufmerksam.

Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg

In dieser Ausgabe

2 Krieg an den Pipelines?

Am Kaspischen Meer krachen Interessen vieler Staaten und Konzern-Multis aufeinander. Es geht um Öl, Gas und die Vorherrschaft in Zentralasien. Wird diese Region der nächste große Krisenherd für die NATO?

Mit Beiträgen von

Michael Thumann Seite 2

Alexander Rahr Seite 5

Wilfried Hermann Seite 7

Rachel Bronson Seite 10

11 atlanticus

Atomwaffen-Proliferation und Globalisierung: Amerika verliert das Gefühl der Unverwundbarkeit.

12 Holbrookes Dayton

US-Superdiplomate Richard Holbrooke legt ein Meisterwerk der Selbstdarstellung vor. Hans-Ulrich Seidt über sein Buch zu den Dayton-Verhandlungen.

KRIEG AN DEN PIPELINES?

Das große Rohstoff-Monopoly in Zentralasien

In Kasachstan, Aserbajdschan und Turkmenistan liegen gewaltige Öl- und Gasreserven. Staaten und multinationale Konzerne liefern sich ein Wettrennen um die Energien der Zukunft. Michael Thumann, Wirtschaftsredakteur bei der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT, beschreibt, wie in Zentralasien die Pipelines zum geopolitischen Instrument wurden.

In Zentralasien haben vor hundert Jahren Rußland und das britische Kolonialreich Eisenbahnen gebaut, um ihre Herrschaft dauerhaft zu sichern. Die Russen zogen die Transkaspische Eisenbahn bis an die Grenzen Afghanistans. Die Briten bauten das Eisenbahnnetz des indischen Subkontinents bis an den Khyberpaß aus. Rußland zementierte die Abhängigkeit Zentralasiens, indem alle Eisenbahnlinien auf Moskau ausgerichtet waren. Noch heute fahren die Züge in Kasachstan nach Moskauer Zeit.

Was im 19. Jahrhundert die Schienenstränge waren, sind heute die Pipelines.

Der 1947 gestorbene britische Geograph Halford Mackinder würde seine geopolitischen Theorien bestätigt finden, könnte er heute das **Rohstoffmonopoly** der Konzerne und Mächte erleben. In Aserbajdschan und Kasachstan ringen **Amerikaner, Chinesen, Briten, Italiener, Japaner, Malaien und Türken**

um die größten Ölfelder Zentralasiens. Die internationalen Ölkonzerne führen ihre Offensiven nicht aus Wüstenforts, sondern aus den gläsernen Hotelpalästen Bakus und Almatys.

1997 wurden von den zwanzig größten Investitionsgeschäften der früheren Sowjetunion zehn in Kasachstan abgeschlossen, sieben davon bei Öl und Gas. Das weitaus größte Geschäft wurde mit 8 Milliarden Dollar in Aserbajdschan im August 1997 abgeschlossen. Beteiligt waren US-Konzerne und die staatliche Ölgesellschaft Socar.

Drei Thesen will ich diskutieren:

- 1. Rußland, das bisher den kaspischen Raum beherrscht hat, verliert an Einfluß.**
- 2. Internationale Öl- und Gaskonzerne drängen in das Vakuum, assistiert von ihren Regierungen.**
- 3. Zwar scheint es sich um einen Wirtschaftswettlauf zu handeln. Aber im politischen Kräftefeld am Kaspischen Meer stehen wirtschaftliche Erwägungen oft zurück.**

Rußlands Monopol

Zu Zeiten der Sowjetunion war Moskau alleiniger Gebieter über die Reserven am Kaspischen Meer, nutzte sie aber kaum, weil sibirische Vorkommen leichter zugänglich waren. Noch heute währt die Vorherrschaft an.

Aserbajdschan exportiert Öl über eine alte, kürzlich erst wiedereröffnete Route nach Noworossijsk. **Kasachstan** liefert Öl über das russische Netz auf die Weltmärkte, **Turkmenistan** mußte bis 1997 sein Gas ausschließlich über Rußland ausführen in Ermangelung von Alternativen. Für alle Investoren in Mittelasien ergibt sich dasselbe Risiko: die Kontinental-Lage, die die Rohstoffvorkommen von den Weltmärkten abschneidet.

Doch mit jeder Pipeline, die gebaut wird, bröckelt Rußlands Vormachtstellung.

Die sieben wahrscheinlichsten Varianten, die die Abhängigkeit von Rußland schmälern können, sind:

Das KTK-Konsortium mit den Regierungen Kasachstans, Rußlands, Omans, der Konzerne Chevron, Mobil u.a. will eine Pipeline nach Noworossijsk bauen und so die Abhängigkeit vom Pipeline-Netz im ausschließlichen russischen Besitz reduzieren.

China will eine Leitung von West-Kasachstan nach China über 3000 Kilometer.

Die USA favorisieren den Transport über das Kaspische Meer von Kasachstan nach Aserbajdschan, per Schiff oder per Pipeline. Desgleichen wünscht Washington eine Unterwasser-Pipeline von Turkmenistan nach Aserbajdschan. Von Baku wird die westliche Route ins georgische Supssa am Schwarzen Meer gebaut, wo amerikanische Firmen einen neuen Hafen errichten. Von Baku soll die Hauptpipeline über Georgien an den türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan führen. Seit Beginn 1998 liefert Turkmenistan Gas in den Nordiran.

Wie die Russen den Export kaspischen Öls auf die Weltmärkte verzögern, zeigt sich bei den Querelen um KTK-Pipeline, über die schon seit 1992 ein Konsortium besteht.

Die Russen möchten ihr eigenes Öl auf dem gesättigten Weltmarkt verkaufen. Konkurrenz kann die niedrigen Preise nur weiter senken.

Moskauer Unterhändler nutzen auch die geographische Schlüsselposition ihres Landes, um Zugeständnisse bei der

Delimitierung des Kaspischen Meeres zu erlangen. Dabei gerieten gewinnorientierte Ölkonzerne wie **Lukoil**, die auf Beweglichkeit drängten, gelegentlich in Widerspruch zum russischen Außenministerium, das auf seine Rechtsinterpretation pochte.

“Die Amerikaner sind Abenteurer”, sagte im März ein hoher Moskauer Diplomat im Außenministerium, der nicht namentlich zitiert werden will. “Sie drängen die Aseris und Kasachen zu Abschlüssen, obwohl der Status des Kaspischen Meeres nicht endgültig geklärt ist.” Zentralasien gilt im russischen Außenministerium als “eine Region besonderer strategischer Interessen”.

Rußland beharrte seit 1991 darauf, das Binnenmeer müsse von allen Anrainern zusammen genutzt werden. Doch Aserbajdschaner, Kasachen und zum Schluß Turkmenen verkauften unbekümmert Öllizenzen für Felder vor ihren Küsten.



Nun haben russische und kasachische Diplomaten einen Kompromiß ausgearbeitet: Während der Boden des Kaspischen Beckens aufgeteilt wird, sollen das Meer selbst und seine Oberfläche Allmende bleiben. Anfang Juni will Boris Jelzin das Abkommen mit den kasachischen Präsidenten unterzeichnen; allerdings stehen

Aserbajdschaner, Turkmenen und Iraner bislang abseits.

Moskau entkäme durch einen Vertrag mit Kasachstan seiner Isolation.

Was wie ein fundamentales Einknicken Moskaus aussieht, könnte ein geschickter Schachzug sein: Wenn das Meer gemeinsam genutzt wird, hätte Rußland und auch der Iran Mitspracherecht bei jeder Pipeline, die durchs Kaspische Meer gelegt wird. Rußland verzichtete somit auf einen obsoleten Rechtsstandpunkt, um sich dauerhaft Einfluß auf die Pipeline-Pläne zwischen Kasachstan, Aserbajdschan und Turkmenistan zu sichern.

Die Offensive der Multis

Die bisher nachgewiesenen Ölreserven am Kaspischen Meer entsprechen ungefähr den Vorkommen in der Nordsee. Doch die zentralasiatischen Lager werden erst heute mit modernsten Mitteln untersucht. Nach optimistischen Schätzungen könnten die **Gesamtreserven die zweitgrößten der Welt nach Saudi-Arabien sein.** Der größte und bedeutendste Produzent wäre nicht Aserbajdschan, wie immer angenommen, sondern Kasachstan. Es besäße, bestätigen sich die Schätzungen, fast so viel Öl wie der Irak: 85 Milliarden Barrel.

Doch im Bohrfieber extrapolieren die Regierungen die Milliarden von Barrel gern ins Unermeßliche, Zahlen wirbeln, Hurra-meldungen überschlagen sich, die oft nicht verlässlich sind.

Das Engagement ausländischer Ölkonzerne kann man an zwei Beispielen illustrieren, die weniger bekannt sind als das immer genannte Aserbajdschan: Zunächst an **Kasachstan, das weit fortgeschritten ist in der**

Privatisierung und den “production sharing”-Verträgen mit ausländischen Ölfirmen, und an Turkmenistan, das sich erst am Anfang einer begrenzten Privatisierung befindet.



Im kasachischen Tengis am Kaspischen Meer fördern die amerikanischen Konzerne **Chevron und Mobil** mit der staatlichen Ölfirma Kasachoil (Tengishevroil). **Texaco, British Gas, Lukoil und Agip** explorieren im Karatschaganak-Feld am Ural. Im nördlichen Kaspischen Meer bohren Mobil, Shell, British Gas, **Statoil** und Agip; sie wollen noch dieses Jahr mit der Offshore-Förderung beginnen. Früher nannte sich dieses Konsortium **Caspishelf, jetzt North Caspian Project.** Die **Chinesische Nationale Ölgesellschaft** bohrt bei Aktjubinsk und Usen.

Das sind nur einige Beispiele. Für die Kasachen sind diese Konzerne die großen Partner für die kostspielige Erschließung ihrer Rohstoffvorkommen. **Deutsche Ölfirmen spielen hier nur eine Nebenrolle.** Eine ostdeutsche Firma in überwiegend französischem Besitz fördert bei Ksyl-Orda. **“Uns fehlt die abgestimmte Aktion von Wirtschaft und Politik”,** sagt ein deutscher Ölmanager selbstkritisch. “Amerikanische Firmen und Diplomaten haben einen gemeinsamen strategischen Ansatz. Und sie wagen mehr.”

Das zeigt das Beispiel Mobil. Der US-Konzern arbeitet in mehr als einhundert Ländern. Doch in den letzten Jahren ist **Kasachstan zum wichtigsten Expansionsgebiet von Mobil** geworden. Die amerikanische Firma hat in Kasachstan über

eine Milliarde Dollar investiert, in das KTK-Pipeline-Projekt und in vier große Ölkonsortien. Die ersten Verhandlungen über Ölfelder hat Mobil schon Anfang der neunziger Jahre aufgenommen, damals noch mit der sowjetischen Regierung in Moskau. Nach 1991 führten sie die Verhandlungen mit der kasachischen Regierung weiter.

Die Amerikaner unterhalten in Almaty die größte Botschaft. **Die Diplomaten suchen die ständige enge Abstimmung mit Ölfirmen, unternehmen konzertierte Aktionen bei den kasachischen Regierungsstellen.** William Courtney, Präsidentenberater und Mitglied im US-Sicherheitsrat, formulierte jüngst die Interessen seines Landes am Kaspischen Meer: "Freier Zugang zu den Vorkommen, Verteilung der Weltenergieversorgung auf verschiedene Regionen, ungehinderter Absatz der kaspischen Rohstoffe auf den Weltmärkten."

Das erinnert an einen Satz Churchills vor dem Ersten Weltkrieg: **"Zuverlässigkeit beim Öl liegt in der Vielfalt allein."**

Im vorigen Jahr trainierten amerikanische Fallschirmjäger nach einem Direktflug aus den USA den Absprung über Kasachstan. Amerikanische Aufklärungsflugzeuge durften auf kasachische Einladung die kasachische Steppe im Tiefflug erkunden.

Turkmenistan hat wahrscheinlich die drittgrößten **Gasreserven** in der Welt. Die geschätzten Ölreserven sind nicht geringer als die von Aserbajdschan: 34 Milliarden Barrel. **Achtzig Prozent der Fläche Turkmenistans sollen höffig sein.** Die riesigen Dauletabad-Gasfelder im Osten des Landes sind fest in staatlicher Hand. Im Westen jedoch hat man nun mit der

Privatisierung begonnen. In Ausschreibungen im vorigen Jahr bot die turkmenische Regierung die Offshore-Felder im Kaspischen Meer ausländischen Investoren an. Schon heute fördern die britische Firma **Monument Resources** und der Mobil-Konzern Öl bei Nebit Dag im Westen Turkmenistans.

Doch **Turkmenistans zentrales Problem ist die Frage, wie die Rohstoffe zu exportieren sind.** Bis 1996 lieferte man an die Ukraine und Westeuropa über das russische Netz. Präsident Nijasow hat sich mit dem russischen Monopolisten **Gasprom** im März 1997 über die Gaspreise zerstritten und das gemeinsame Unternehmen Turkmenrosgas aufgekündigt. Die Russen wollen nicht mehr als 32 Dollar pro 1000 Kubikmeter Gas zahlen, die Turkmenen verlangen 42 Dollar. Die Russen verkaufen das Gas für etwa das Doppelte an die Ukraine und nach Westeuropa weiter. Der Zwist ist bis Ende Mai nicht gelöst worden.

Derweil exportiert Turkmenistan in den Nordiran über eine 200 Kilometer lange Pipeline. Doch erhält es aus dem Verkauf bisher keine Einnahmen, weil die Iraner die Pipeline gebaut haben und der Kredit getilgt werden muß.

Deshalb stellt man verstärkt Überlegungen an, **welche Pipeline-Routen geeignet wären, um Rußland zu umgehen und seine Monopolstellung aufzubrechen:**

Die USA favorisieren die Route durch das Kaspische Meer nach Baku. Die Turkmenen unterstützen dies, wenn sich ausländische Investoren finden.

Iran, Turkmenistan und die britische Firma Monument wollen die bestehende 200-km-Pipeline in den Iran bis in die

Türkei verlängern und vielleicht sogar bis nach Europa.

Zugleich sind "swap"-Abkommen denkbar: Turkmenistan beliefert den Nordiran mit Gas oder Öl, Iran führt am persischen Golf aus. Die amerikanische Firma Unocal führt ein Konsortium an, das eine Gaspipeline von Turkmenistan über das relativ flache westliche Afghanistan bis nach Pakistan bauen will. Die amerikanische Regierung unterstützt das Projekt durch diplomatische Vermittlung im afghanischen Bürgerkrieg.

Alle Routen sind mit großen Problemen behaftet. Die transkaspische Trasse ist teuer und technisch schwierig, weil der Meeresboden seismisch aktiv ist. Die afghanische Route ist unsicher wegen des andauernden Krieges, weshalb sich bisher keine Financiers für die kostspielige Pipeline finden ließen.

Allein die iranischen Optionen wären derzeit für Turkmenistan ökonomisch sinnvoll, doch sind alle denkbaren Pipelines durch die prinzipielle amerikanische Ablehnung und die Sanktionsgesetze des US-Kongresses blockiert.

Politische Pipelines

Die meisten Pipeline-Projekte am Kaspischen Meer leiden unter einem Charakteristikum: Sie drohen angesichts niedriger Ölpreise nicht wirtschaftlich zu sein. Auch in anderen Regionen der Welt wird weiter nach Öl-Reserven geforscht. Meist haben die Konkurrenten der Kaspischen Länder aber einen direkten Zugang zum Meer oder sind Nachbarn ihrer Abnehmer. **Bei anhaltend niedrigen Ölpreisen könnte es der Kaspischen Region schwerfallen, konkurrenzfähig zu sein.**

Für die in Zentralasien engagierten Mächte ist dies aber kein Argument. Sie wollen sicherstellen, daß die **Region nicht in den russischen Orbit zurückfällt oder unter iranischen Einfluß gerät.** Amerikanische Politiker betonen stets, wie wichtig die Unabhängigkeit der Region ist. Deshalb hat US-Senator Bob Livingston jüngst angedeutet: Wenn die Hauptexport-Route von Baku nach Ceyhan nicht wirtschaftlich sei, müsse der amerikanische Staat sie eben subventionieren. Als staatliche Subvention ist auch die chinesische Pipeline über 3000 km von Westkasachstan nach Xinjiang zu begreifen. Öl aus Sibirien wäre für China sicherlich preiswerter. Aber **enge Beziehungen zum jungen Nachbarn Kasachstan sind Peking viel wert,** außerdem möchten die Chinesen ihren großen Erdölbedarf im nächsten Jahrtausend nicht von einem einzigen Land abhängig machen, mag es noch so günstig liegen.

Zentralasien soll nach dem Willen Washingtons und Pekings unabhängig bleiben. Der Übergangsraum zwischen Nahost, Rußland, China und Schwarzem Meer soll nicht mehr von einer Macht dominiert werden.

So wie die Eisenbahnlinien im 19. Jahrhundert nicht die hohe Nachfrage im Personen- oder Güterverkehr befriedigen sollten, sondern für die geostrategische Erschließung des Raumes gebaut wurden, so sind heute **Pipelines in Planung, deren wirtschaftliche Effizienz in Zukunft nicht gesichert ist. Politisch und strategisch sind sie von großer Bedeutung.**

Michael Thumann ist Wirtschaftsredakteur bei DIE ZEIT, Hamburg

KRIEG AN DEN PIPELINES?

Die Interessen des Westens am Kaspischen Meer

Der Raum des Kaspischen Meers kann zum neuen großen Krisenherd der Weltpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts werden. Alexander Rahr, Leiter der Körber-Arbeitsstelle bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn/Berlin, analysiert die Chancen und Gefahren für die westlichen Interessen in dieser instabilen Region. Im Fokus: die Energiepolitik.

Das neue Zeitalter wird durch eine zunehmende Diversifizierung der Energiepolitik gekennzeichnet werden. Die wachsende Anbieterzahl wird dazu beitragen, daß **keine Monopole** mehr entstehen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wird die Weltpolitik zunehmend von der **Globalisierung** bestimmt. Die wirtschaftliche Interdependenz zwingt die Staaten zur Neugestaltung der Energiepolitik. Im Vordergrund steht die Diversifizierung der Energietransportwege. Die Öl- und Gasvorkommen im kaspischen Raum sind genauso groß wie die Gesamtvorräte der USA und gelten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als wichtige Alternative zu den Rohstoffressourcen am Persischen Golf. Amerikaner und Russen betrachten die kaspischen und zentralasiatischen Energievorkommen auch als wichtige strategische Weltreserven für das 21. Jahrhundert, die es heute zu sichern gilt.

Der Energiebedarf wird sich auf der Erde im 21. Jahrhundert verdoppeln – vor allem in den wachsenden Industrienationen des

asiatischen Kontinents. Die Energievorkommen in Nordeuropa und am Persischen Golf sind nicht unerschöpflich. Die USA und Westeuropa sind aus politischen Gründen an einer Diversifizierung der Öllieferungen aus den arabischen Staaten interessiert, um weniger von der **OPEC** abhängig zu sein.

Die nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu lukrativen Öl- und Gasanbietern gewordenen transkaukasischen und zentralasiatischen Staaten erfreuen sich deswegen größter Aufmerksamkeit. Die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres Kasachstan, Aserbajdschan und Turkmenistan sitzen auf großen **Energievorkommen, die relativ leicht zu fördern sind.** Ihr Problem ist jedoch, daß sie geographisch von den Weltmärkten isoliert sind und ihr Öl und Gas heute nur durch das bestehende Pipelinesystem über russisches Territorium exportieren können.

Das "Great Game" ist ein Spiel mit noch vielen Unbekannten. Beispielsweise existieren immer noch keine verlässlichen Angaben über die tatsächlichen Rohstoffvorkommen im Kaspischen Meer. Schon die Teilaufhebung des Wirtschafts-embargos gegen den Irak könnte das kaspische Öl auf dem Weltmarkt unrentabel machen.

Im kaspischen "Great Game" spielt der **Zeitfaktor** eine gewichtige Rolle. **Bei schneller Förderung sind die Ölvorräte der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres in 20 bis 25 Jahren ausgeschöpft.** Vom Ölboom im kaspischen Raum wird demnach derjenige profitieren, der rasch fördert und am schnellsten die notwendige Infrastruktur für den Export und Verkauf des Öls errichtet. **Für die ärmeren Akteure des "Great Game" bietet das Energiegeschäft die einzige Einkommensquelle und ist**

Instrument der Integration in die Weltwirtschaft. So wie die Ukraine und Belarus für den Westen politisch interessant waren, solange sie die sowjetischen Atomraketen noch nicht an Rußland abgegeben hatten, glaubt man heute in Baku und Tbilissi, daß die NATO-Staaten, deren Konzerne im kaspischen Raum wirtschaftlich involviert sind, den transkaukasischen Staaten möglicherweise gewisse "Sicherheitsgarantien" geben – solange das Ölgeschäft läuft, mit Hilfe derer diese Länder ihre Unabhängigkeit von Rußland besser stärken könnten.

Die Anrainerstaaten Kasachstan, Aserbajdschan und Turkmenistan sind längst zum **Spielball der Groß- und Regionalmächte** geworden, welche die enorme strategische Bedeutung der kaspischen Öl- und Gasvorkommen erkannt haben. Am "Great Game" beteiligen sich drei Großmächte: die USA, Rußland und China.

Die vierte Großmacht könnte bald die Europäische Union werde, falls sie die notwendigen Mechanismen und ein Konzept für ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) entwickelt. Die EU fördert das ökonomische Projekt eines **euro-asiatischen Korridors (TRASECA) mit TACIS-Geldern**; Investitionen in das Projekt kommen auch von Seiten der amerikanischen **USAID**.

Der transeurasische Korridor ist nicht aufgrund seiner wirtschaftlichen Attraktivität international so bedeutungsvoll, sondern weil er **Voraussetzungen für die Entstehung einer hochentwickelten Infrastruktur für Demokratie-, Informations- und Technologietransfer schafft**.

Deutsche Firmen scheuen, anders als amerikanische und andere westeuropäische Unternehmen, noch das

Investitionsrisiko im kaspischen Raum, obwohl sie an der **Errichtung der Infrastruktur (Straßenbau, Röhrenverlegungen)** mitwirken könnten. **Der Mangel an deutschem Wirtschaftsengagement schränkt den Spielraum für die deutsche Außenpolitik im kaspischen Raum ein.**

Im großen und ganzen trägt die EU die Strategie Amerikas der Diversifizierung der Energiepolitik im kaspischen Raum mit, ohne eigenes Profil zu entwickeln.

USA: Doppeltes Containment gegen Rußland und Iran

Washington möchte die regionale Kooperation zwischen allen Akteuren stärken, US-Konzerne unterstützen und den Druck auf den Iran aufrechterhalten. Im Grunde genommen betreiben die USA eine Art doppelte **Containment-Politik gegen Rußland und den Iran**. Nach amerikanischen Vorstellungen sollte die **Türkei zum Cheftransporteur von Öl und Gas in den Westen** werden.

China will zur Energie-Supermacht werden und Japans Öl kontrollieren

China hat große Teile des kasachischen Ölkomples aufgekauft und damit die **größte Auslandsinvestition seiner Geschichte** getätigt. **Im kommenden Jahrhundert wird China den wichtigen Energiefluß nach Japan und anderen asiatischen Industrienationen kontrollieren wollen.** China zeigte in den letzten Monaten wachsendes Interesse an russischen Energieträgern. Hinzu kam der Bau der "Jahrhundert-Pipeline". China ist

keineswegs nur an der Sättigung seines bald doppelt so großen Energiebedarfs interessiert. **Chinas Strategie ist es, Energiesupermacht zu werden**

Rußland mag bestrebt sein, die legendäre **Seidenstraße des Altertums** im Kontext der neuen Energie- und Warenströme wiederzubeleben. Während im Transkaukasus und Zentralasien der russische Einfluß zur Zeit durch Amerika weitgehend eingedämmt worden scheint, entwickelte sich in Ostasien eine intensive Zusammenarbeit im Energiebereich zwischen Rußland, China und Japan, die auch geopolitische Auswirkungen haben kann.

Im Südosten Europas haben inzwischen auch die **Balkanstaaten** ihr Interesse daran bekundet, zu **Transitländern für kaspische Energieträger** zu werden. **Bulgarien** und **Rumänien** konkurrieren um Exklusivrechte für Trassenverlegungen über ihr Territorium in die Länder Ex-Jugoslawiens, die auch mit kaspischem Öl und Gas versorgt werden wollen. Bulgarien plant eine Ölpipeline von Burgas in das griechische Alexandropolis zu legen – diese Variante sieht allerdings einen teuren doppelten Meerestransfer über das Schwarze Meer und das Mittelmeer vor, während die rumänische Variante von einer Kontinentalverbindung vom rumänischen Terminal Constanta über ex-Jugoslawien nach Italien (Triest) und von dort in Europas Energienetz ausgeht.

Transitländer sichern Transporte mit Militär

Auch die **Ukraine** möchte ein Transitland für kaspisches Öl nach Mitteleuropa werden. Anfang des nächsten Jahrhunderts soll ein neues Energienetz entstehen, das den kaspischen Raum und seine

Ressourcen mit Europa und Asien verbinden kann. Die GUS-Staaten **Georgien, Ukraine, Aserbajdschan und Moldawien** haben das **Bündnis GUAM** mit dem Ziel gegründet, **Energietransporte über ihre Territorien zu leiten.**

Eine 1997 aufgestellte ukrainisch-georgische Armeeinheit soll künftig die Ölpipelines von Baku bis Odessa durch den instabilen Transkaukasus absichern. Die Pipelines in den Westen müssen durch Regionen gelegt werden, in denen **ethnische Unruhen** herrschen. Die westlichen Staaten sind derzeit noch nicht bereit, eigene Friedenseinsätze im Kurdengebiet, in Nagornyj-Karabach oder in Abchasien durchzuführen.

Mit Hilfe der USA konnten die neuen souveränen kaspischen Staaten die russische Blockade durchbrechen, doch jetzt fühlt sich die Großmacht Rußland eingekreist und benachteiligt.

Rußland nicht in die Energiepolitik am Kaspischen Meer zu integrieren, steigert aber das Konfliktpotential in der Region.

Dabei hat Rußland in den letzten Monaten dem Westen den Zugang zu seiner Energiepolitik geschaffen. **Westlichen Energiekonzernen wurde der Zugang zum russischen "Porzellan" geöffnet.** *Gasprom* schloß eine strategische Allianz mit *Royal Dutch/ Shell* und *Lukoil* für den Kauf des Energiegiganten *Rosneft*. Die russische Regierung benötigt Geld und ist **bereit, das Staatsmonopol über den Energieexport aufzugeben.**

Alexander Rahr ist Rußlandexperte und Leiter der Körber-Arbeitsstelle bei der DGAP, Bonn/Berlin

KRIEG AN DEN PIPELINES?

NATO-Einsatz in Zentralasien

Die NATO hat 1991 "Stabilität" als zentralen Anker ihres strategischen Konzepts von Rom definiert. Damit wächst mit der Zunahme von Instabilitäten das Erfordernis zur Intervention als Teil eines stabilitätsorientierten Krisenmanagements. Wilfried Hermann von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg untersucht, welche militärischen Einsätze am Kaspischen Meer auf die Allianz zukommen könnten.

In den Fokus der Allianz sind das Kaspische Meer und seine beiden Ufer gerückt: der Transkaukasus und Zentralasien. Dabei wird die Region hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Pipeline-Politik betrachtet, ohne langfristige Entwicklungen klar zu analysieren.

Rußland verfügt zur Zeit über 80 Prozent der verlegten Pipelinekapazität, der **Iran** über sieben Prozent. Sie verfolgen sehr unterschiedliche Ziele.

Der **Iran**, der ja noch unter amerikanischen Sanktionen leidet, versucht über seine Pipelinepläne, die seitens der iranischen Führung als der "sicherste, wirtschaftlichste und leichteste Weg" angepriesen werden, die politischen Unstimmigkeiten europäischer und amerikanischer Iranpolitik zu seinen Gunsten auszunutzen und einen Keil zwischen die nordatlantischen Partner zu treiben.

Rußland will den Islam zurückdrängen

Rußland beabsichtigt dagegen nicht nur den Transport der

Rohstoffe zu kontrollieren, sondern möchte sich insgesamt den Zugriff auf die Energiereserven der Region offenhalten. Es strebt eine Stärkung der eigenen Position gegenüber dem Westen durch die Rohstoffkontrolle an. Außerdem versuchen die russischen Politiker **den Einfluß des Islam sowie des alten Rivalen Türkei in der Region zurückzudrängen, was im Kaukasus durch einen "christlichen Keil" über Georgien und Armenien sichtbar wird.**

Damit zeichnet sich schon jetzt eine der großen Konfliktzonen des 21. Jahrhunderts ab, die durch wirtschafts- und machtpolitische Auseinandersetzungen und durch harten ökonomischen Wettbewerb, aber auch durch **ethnische Rivalitäten und ungelöste Grenzprobleme** charakterisiert sein wird.

Ist das Kaspische Meer ein Meer? Oder ist es ein See?

Hinzu kommt, daß der **rechtliche Status des Kaspischen Meeres umstritten** ist: Ist das Kaspische Meer ein *Meer* im Sinne der Internationalen Seerechtskonvention von 1982 mit der Möglichkeit eines "internationalen Kerns" außerhalb der 12-Meilen-Zone? Oder ist es ein *See*, zu dessen Ausbeutung nur Anliegerstaaten berechtigt sind?

Ein wesentlicher sicherheitspolitischer Faktor ist die Tatsache, daß alle Länder der kaspischen Region und Zentralasiens **ehemalige Sowjetrepubliken** sind, d.h., in ihrem Status als **"nahes Ausland"** in der russischen Außenpolitik eine besondere Rolle bei der Wahrnehmung russischer Interessen einnehmen.

Dabei wird ein bedeutender Unterschied augenfällig: **die Emanzipation Zentralasiens von Rußland ist deutlich fortgeschrittener als die der transkaukasischen**

Republiken. Das dokumentiert sich nicht zuletzt in **russischer Truppenpräsenz** in den einzelnen Ländern: in Zentralasien gibt es nur in Kasachstan und Tadschikistan entsprechende **Stationierungsabkommen**, während in der Kaukasusregion nur Aserbaidschan ohne russische Truppenpräsenz ist. Damit will Moskau ein Verbleiben der neuen Staaten in der GUS forcieren und gleichzeitig ein **militärisches Gegengewicht zur Türkei aufrechterhalten.**

Außerdem versucht Rußland mit einem Ausbau der Partnerschaft mit dem Iran, strategische Vorteile in der Golfregion gegenüber den Vereinigten Staaten zu erreichen. Ein Ansinnen, das vor dem Hintergrund der südasiatischen Nuklearversuche von Indien und Pakistan, schnell die Vermutung aufkommen läßt, daß sich der **Iran in absehbarer Zeit auch zur Atommächte wird.**

Zusammen mit dem angestrebten Aufbrechen der amerikanischen Sanktionen würde dieser Schritt den Status Irans als Regionalmacht deutlich festigen. Doch bereits jetzt befindet sich Teheran auf dem Weg, seinem Einfluß in Zentralasien durch den Ausbau bestehender Eisenbahnlinien und anderer Infrastrukturprojekte zu erhöhen.

Damit ist der Iran ein direkter machtpolitischer Konkurrent der Türkei, eine Position, die die russisch-iranischen Beziehungen positiv beeinflusst.

Außerdem teilen beide Länder die Auffassung, daß sie sich gegen die unipolare Dominanz der Vereinigten Staaten verbünden sollten. Diese

Ansicht teilt auch die dritte Regionalmacht, die in Zentralasien zunehmend an Einfluß gewinnt: die **Volksrepublik China.**

Nachdem Rußland seine dominierende Rolle in Zentralasien verloren hat, verfolgt Peking in der Region im wesentlichen drei strategische Zielsetzungen:

- Erstens die Sicherstellung des eigenen Energiebedarfs.
- Zweitens das Eindämmen ethnischer Unruhen sowie nationalistischer und islamischer Einflüsse auf seine Westprovinzen.
- Drittens die Förderung regionaler Stabilität durch rege Handelsbeziehungen.

Große chinesische Investitionen in die Eisenbahn-, Straßen und Schiffsinfrastruktur der Region flankieren diese Ambitionen. In diesem Kontext sind auch die **chinesisch-pakistanische Partnerschaft sowie das pakistanische Engagement in Afghanistan** zu erwähnen, die neue Pipelines ermöglichen.

Die Türkei versteht sich historisch als "alter Spieler im Konzert der Mächte", betrachtet sich ethnisch als **Quasi-Schutzmacht der Turkvölker Zentralasiens** und religiös als Sicherheitsgarant der islamischen Bevölkerung Transkaukasiens, wie das Beistandsabkommen mit der islamischen Enklave Nachitschewan in Armenien zeigt.

Die Türkei hat ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit fast allen Staaten der Region (Ausnahme: Armenien) intensiviert, um ihren Status als Regionalmacht und Verbindungselement zwischen dem Orient und dem Abendland zu festigen. Durch die stille Duldung der Vereinigten Staaten und der NATO der **Quasi-Blockade gegen Rußland, d.h., die Sperrung des Bosphorus für russische**

Tanker, hat die Türkei ihre strategische Position in der Pipelinefrage gestärkt, da sie mit den Mittelmeerhafen Ceyhan die beste Möglichkeit zur Vermarktung des kaspischen Erdöls bereitstellt, solange der Iran von amerikanischen Sanktionen betroffen ist und seine Pipelines nicht genutzt werden können.

Rußland und Türkei könnten den NATO-Vertragsfall auslösen

In diesem Kontext entwickelt sich die historische Rivalität zwischen Rußland und der Türkei neu. Letztere wird von Moskau nicht nur als **Speerspitze des Westens**, sondern auch als **Speerspitze des Islam** wahrgenommen. Auf der anderen Seite sieht Ankara die russischen Truppenstationierungen in Georgien und Armenien mit großem Unbehagen.

Saudi-Arabien unterstützt die Türkei finanziell. Damit gelangen nicht nur türkische und persische, sondern auch arabische Einflüsse in die Region und verschärfen die Situation.

Allerdings steht an erster Stelle die Gefahr eines direkten Aufeinandertreffens der Türkei mit Rußland, was **im schlechtesten Fall einen Artikel-5-Fall im NATO-Vertrag bedeuten könnte, d.h., eine kollektive Verteidigung der Türkei und ihrer NATO-Verbündeten gegen Rußland.**

Eine Option, die die europäischen NATO-Verantwortlichen seit den positiven Entwicklungen in Mitteleuropa schon fast aus den Augen verloren hatten.

Diese Einschätzung gilt jedoch nicht für die Vereinigten Staaten, für die Außenministerin Madeleine Albright am 22. Mai 1997 vor dem Senat erklärte:

"Assistance to the strategically-located and energy-rich democracies of Central Asia and the Caucasus is strongly in our national interests."

Kernelement ist auch in der amerikanischen Konzeption **Stabilität durch Prosperität**, eine Idee, die gleichzeitig eine weitere Emanzipation der Region von Rußland und eine Isolation des Irans bedingen soll. Deshalb stehen im Zentrum der amerikanischen Bemühungen und Unterstützungsleistungen die Staaten Georgien, Kasachstan und Usbekistan, während Aserbaidschan seitens der Türkei/Saudi-Arabiens unterstützt wird.

Die Vereinigten Staaten nutzen für ihre sicherheitspolitischen Aktivitäten das Netzwerk der **Partnerschaft für den Frieden** intensiv aus, wie die **steigende Zahl multinationaler Manöver in der Region** unter dem PFP-Emblem seit 1994 zeigt. Nach dem Zerfall der Sowjeunion hatte die NATO ihre PFP auch in die kaspische Region erweitert, wo alle Staaten mit Ausnahme Tadschikistans der Kooperation beitraten.

Bisher duldet Rußland, teilweise mit nachträglicher Beteiligung an den Manövern, die NATO-Aktivitäten im eigenen Hinterhof, doch zeigen sich zunehmend kritische Stimmen, die die intensiven militärischen Kontakte Zentralasiens mit der NATO mit Skepsis betrachten.

Das gilt auch für die anderen Regionalmächte, allen voran der **Iran und die Volksrepublik China, deren Engagement in der kaspischen Region zu einer direkten Konfrontation mit der NATO führen könnte.**

Die Ukraine als Drehscheibe für den NATO-Einsatz

Deshalb wird in der NATO versucht, PFP keinesfalls mit einer Sicherheitsgarantie seitens der NATO für PFP-Staaten gleichzusetzen, um Irritationen mit Rußland und den anderen Mächten zu vermeiden. Trotzdem wird **PFP als Vehikel für die Vorbereitung möglicher UN-Missionen in der Region** benutzt, um das *commitment* der NATO und der Vereinigten Staaten zu unterstreichen. Damit **steigt die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Engagements der NATO am Kaspischen Meer deutlich** an.

In diesem Kontext gewinnt in doppeltem Sinn auch die **NATO-Ukraine-Charta** an Bedeutung: zum einen bietet sich die **Ukraine als logistische Drehscheibe für einen Kaukasuseinsatz der NATO** an, zum anderen existiert ein **Verteidigungsabkommen zwischen Kasachstan und der Ukraine**, das die Ukraine in das Konzert der Beteiligten einbeziehen könnte. Damit wird die Situation für die NATO-Planer noch schwieriger.

Out-of-area-Debatte erübrigt sich bald

Das atlantische Bündnis bewegt sich deutlich in Richtung der amerikanischen Idee, wonach die **NATO eine weltweite Verantwortung für die Ziele Demokratisierung, Menschenrechte und Marktwirtschaft** übernehmen soll. Damit würde sich auch die Diskussion um *out of area*-Einsätze erübrigen, denn die logische Konsequenz wäre die **weltweite Anwendung des Artikel 4 des NATO-Vertrags**, während der Artikel 5 mit dem Kern der kollektiven Verteidigung den NATO-Mitgliedern

und damit deren Territorium vorbehalten bleibt.

Die Amerikaner scheinen die politischen Überlegungen dazu weitgehend abgeschlossen zu haben und bereits in einer frühen Phase der Umsetzung dieser Idee zu sein, wie die Erweiterung des US-Kommandeurs "Middle East" zeigt, der seit April 1998 **US-Kommandeur "Greater Middle East"** heißt und einen **Verantwortungsbereich bis an Pakistans Westgrenze** zugewiesen bekam.

OTL i.G. Dr. Wilfried A. Herrmann ist Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

GEHEN SIE UNS
INS NETZ
WWW.P-MG.COM
POLITISCH-MILITÄRISCHE
GESELLSCHAFT
VEREIN DOKUMENTE ARCHIV
HOTLINKS

KRIEG AN DEN PIPELINES?

Allianz droht eine politische Zerreißprobe

Dr. Rachel Bronson vom Center of Strategic and International Studies (CSIS) in Washington faßt die **militärpolitischen Probleme der Allianz im Kaukasus zusammen.**

NATO is bumping up against the interests of other states with which it has had little previous experience. The alliance is also operating in a region in which NATO members themselves have differing political-military and economic objectives. It is

this latter set of problems that could become particularly severe and ripple back to effect alliance cohesion more generally.

Partnership for Peace Expands Presence

The Partnership for Peace program (PfP) was introduced in Brussels in January 1994 in order to expand and intensify political and military cooperation between NATO and partner countries. In 1994, the first year of PfP, no exercises took place in the Caucasus or Central Asia. By 1995 six PfP exercises took place in the region which were followed by eleven and nineteen in each subsequent year. **The number of exercises involving local troops alongside western forces has also steadily increased.** Although local troops did not participate in any exercises in 1994, and participated in only one exercise in 1995 and 1996, troops from the region participated in five exercises in 1997.

There is also a trend toward a **higher level of exercises.** The commitment of local forces has increased from platoon to brigade level maneuvers. These numbers do not include the hundreds of workshops and day-to-day contacts occurring between NATO and partner countries.

The most spectacular example of NATO involvement was the **September 15, 1997 exercise** which included 500 US paratroopers from the elite 82nd Airborne jumping into Central Asia. The jump, organized under Partnership for Peace, included **over 800 participants** from the United States, Turkey, Russia, Kazakhstan, Kyrgyzstan, and Uzbekistan. **Through PfP, the extent of NATO's involvement is increasing dramatically.**



As NATO redefines its roles and missions in this region, it will confront difficult military and political challenges.

Domestic Crises

Local conflicts have the potential to drag NATO into situations that it might otherwise choose to avoid. For example, strife in Kazakhstan, Ngorno Karabakh, and Georgia has historically drawn Russian participation. As NATO pushes eastward, such **conflicts could inadvertently draw Russian and NATO forces into unwanted confrontation.** Georgian calls for a Bosnia-type operation in Abkhazia suggest that regional actors foresee a role for NATO security assistance in their own strategic calculations. Similarly, Kazakhstan's defense pact with Ukraine, and Ukraine's special arrangements with NATO link the alliance to the regional conflicts in unexpected ways. In fact, **most Central Asian states are tying themselves closer to Ukraine, viewing it as their link to Europe.**

Because domestic crises often draw in outside powers, NATO needs to be very careful about the commitments it makes as it shifts east. For those who would argue that NATO would never allow itself to over-extend its commitment to the Caucasus and Central Asia, consider the statement made by Azerbaijan's Prime Minister Artur Rasi-Zade that his country's leadership has had informal consultations with NATO on **safeguarding oil export pipelines** "should the need to do so arise. "

Inter-State Conflicts

With its increased involvement, NATO also risks clashing with other states with interests in the region. To date, NATO officials have argued that no country should view PfP as threatening. NATO officials repeatedly point out that only humanitarian intervention drills and search-and-rescue procedures are practiced. But few countries view the operations in such light.

Beijing, for instance, viewed the recent parachute expedition as inimical to Chinese interests. A senior policy-planner at one of Beijing's foreign policy think tanks argued that "NATO's move eastwards was an example of Christian expansion which was psychologically threatening to China and which could lead eventually to the clash of civilisations."

In fact, most states in the region view such operations as threatening. The April 1996 Agreement on Mutual Military Confidence-Building Measures, the first collective agreement between Russia, China, Kazakhstan, Tajikistan, and Kyrgyzstan, suggests that **China and Russia might, in some cases, view geo-political threats similarly.** Should Russia regain its strength, or China improve its regional presence, it is unlikely that opposition to PfP activity in the region would be limited to verbal disagreement.

Diverging Interests Among NATO Members

The most likely and troubling way in which involvement in the Caucasus and Central Asia could affect NATO is through the **political conflict it will cause among NATO members themselves.** This is likely to happen over a whole host of issues including how to manage

different economic and political agendas in the region.

Different economic interests will dictate different political calculations. U.S. investments already out-pace those of most NATO members. Not surprisingly, the **U.S. is also one of the most committed to increased PfP involvement.** How to manage different interests already challenges the member states. Denmark, the United States, and Italy, for instance, are key supporters of **developing a regional focus for PfP** whereby one or more NATO countries form stronger ties with certain PfP countries. Other allies, skeptical of such an arrangement, worry that this could lead certain states to secure a hegemonic position under the cover of Partnership for Peace. As *Defense News* reports, "what all the allies wish to **avoid is a regionalization that leads to special obligations** by some NATO members or distinct spheres of influence."

Should the US expand ties to the region and continue using Partnership for Peace as an international cover, other NATO allies are likely to begin questioning their support to such a program. **What would happen if PfP activities were pursued against the will of some NATO members has yet to be answered.** It could be, in the Caucasus and Central Asia.

Differences among the allies also exist about how prominent a role **Turkey** should play in the region. The US has actively supported a strong role for Turkey, but European states are not as supportive. With over a half a million Kurds now residing in Europe, and notably disproportionately concentrated in **Germany**, Germany in particular is hesitant to back a militarily strong Turkey. European states worry that Turkey, in its role as a NATO

partner, will draw the alliance unexpectedly into the region's conflict. As Graham Fuller points out, "several NATO states, especially Germany, are concerned about the implication of potential 'new' NATO borders on such trouble spots as Azerbaijan, Georgia and Iraqi Kurdistan."

It is not clear that the Caucasus and Central Asia are the most demanding of Western attention, especially because it does not immediately affect the security of Europe.

Control over energy reserves is already diversified; Central Asia and the Caucasus present yet another route, not the only route. Despite the US desire to promote Turkish involvement, other areas of the globe are perhaps more worthy of NATO attention.

For instance, the millions of North Africans living in Europe make North African political stability a more pressing concern for southern European politics and security. The possibility of a massive influx of refugees from Morocco, Tunisia, or Egypt is a very real concern to southern Europeans. Where to spend NATO's scarce resources grows more debatable as allies redefine geopolitical priorities.

Dieser Beitrag erscheint in einer Langfassung beim U.S. Army War College, Carlisle, Pennsylvania.



JUNI 1998

Das Gefühl der Unverwundbarkeit schwindet

Jahre des Wachstums ohne Inflation, steigende Börsenkurse, Arbeitslosigkeit unter fünf Prozent: Nur Anfang der sechziger Jahre waren die US-Bürger zufriedener als heute.

Umfrageergebnisse des Pew Research Center in Washington signalisieren gleichzeitig spürbares Unbehagen an der weltweiten Interdependenz. Das Gefühl amerikanischer Unverwundbarkeit schwindet. Die Sorge wächst, auch in den USA werde es im Zuge der Globalisierung soziale Verlierer geben.

Dabei sind die inneren Strukturen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, so die Umfrageergebnisse, erstaunlich intakt.

Nicht die seit langem bestehenden Konflikte zwischen ethnischen und sozialen Interessengruppen nehmen zu, sondern die Spannungen zwischen den Geschlechtern.

Als größte gesellschaftliche Herausforderung des nächsten Jahrzehnts sehen die Think Tanks die demographische Entwicklung. Laut jüngsten CSIS- und Brookings-Studien stellt die Überalterung der Gesellschaft das bisherige System der Altersversorgung

grundsätzlich in Frage. Die Konsequenzen gehen über Finanzierungsprobleme hinaus: **Wie innovativ und reformfähig ist eine Gesellschaft mit hohem Durchschnittsalter?** Allerdings sehen die Analytiker deutlich, daß sich diese Frage in Deutschland und Japan weit dramatischer stellt.

Japans Wirtschaftsperspektiven bleiben nach übereinstimmender Beurteilung von CSIS und Weltbank **das größte ökonomische Risikopotential**, nachdem sich die Lage in Thailand und Korea entspannt hat. Die Instabilität der russischen Wirtschaft wird von Sachkennern sorgfältig registriert, westliche Entwicklungsmöglichkeiten werden nüchtern abgewogen.

Auf die positive Einschätzung regional differenzierter Reformbemühungen in Indien fällt nach den **Nukleartests** ein dunkler Schatten. Nukleare Proliferation und die Spannungen auf dem indischen Subkontinent erinnern die USA in Zeiten der Prosperität daran: **Nicht die Wirtschaft, sondern die Politik bestimmt die Geschehnisse der Welt.**

atlanticus

DAS STRATEGISCHE BUCH

Holbrookes

Dayton

Richard Holbrooke:

To End a War

New York 1998

Holbrooke ein Epigone? Zumindest nennt er zwei Vorbilder, die seine literarischen und politischen Ambitionen signalisieren. Literarisches

Leitbild ist Harold Nicolsons Peacemaking 1919. Doch bereits der Titel signalisiert den Unterschied: "To End a War" beschreibt nicht einmal den Versuch eines Friedensschlusses. Verhandlungsziel war nicht der Frieden, sondern lediglich das Ende des Krieges.

Holbrookes politisches Vorbild ist Henry Kissinger. Holbrooke sieht sich als **Strategen und Außenpolitiker in europäischer Tradition**. Die USA sind eine europäische Macht und **Fritz Stern** ist Holbrookes akademischer Lehrer. Und so wird als weiteres Leitbild schemenhaft jener Staatsmann erkennbar, der im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses von Fritz Stern steht und 1878 den Bosnienkonflikt löste. Allerdings brauchte Holbrooke in Dayton 21 Tage, **Bismarck** beendete in Berlin die Verhandlungen am Nachmittag des 28. Juni 1878 in wenigen Stunden.

Holbrooke gelingen glänzende Charaktere: Mit **Milosevic**, dem pragmatischen Nihilisten, sind Abschlüsse möglich, solange seine Machtposition nicht tangiert wird. **Tudjman**, der nationalistische Strategen, verfolgt düster seine "historische" Mission. Über den Motiven und Absichten **Izetbegovics**, des Alten aus den bosnischen Bergen, liegt ein orientalischer Schleier, gewoben aus Geschichte, Religion und Tradition.

Holbrooke gibt faszinierende **Einblicke in die politische Klasse der USA**. Persönliche Verbindungen, jahrzehnte alte Freundschaften und gemeinsame Studienzeiten bilden die Grundlage für gemeinsames Denken und Handeln. Hinzu kommen durchdachte Entscheidungsstrukturen und -prozesse, die eine rationale Entscheidungsfindung erleichtern. Sie gehören zu den

arcana imperii, die Holbrooke nicht aufdeckt.

Die drei Tage dauernde *policy review* Anfang August 1995, die den Dayton-Prozeß in Gang setzte, wird lediglich kurz erwähnt. Auch hier gilt: Aufschlußreich ist, worüber Holbrooke schreibt, noch aufschlußreicher aber, worüber er schweigt.

Je länger die Lektüre dauert, um so nachdenklicher wird der Leser. Holbrooke kontrastiert europäische Presseerklärungen und Communiqués mit der Realität: **Große Worte ohne Taten, schwerfällige Entscheidungsprozesse ohne Zielführung, Prestigedenken ohne Sachlösungskompetenz.** Für Humor sorgen die Franzosen. Der Versuch, die Vereinbarung von Dayton zum "Elysée-Vertrag" hochzustilisieren, wirkt grotesk.

Holbrooke endet mit dem Satz: "The world will look to Washington for more than rhetoric the next time we face a challenge to peace." Und natürlich hofft die Welt, daß dann der Außenminister Holbrooke heißen wird, der **ein Meisterstück der Selbstdarstellung** geschrieben hat, **spannend zu lesen, informativ und lehrreich**. Er zeichnet ein realistisches Bild der amerikanischen Diplomatie und politischen Schwäche Europas.

Hans-Ulrich Seidt

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.
BONN

Herausgeber

Der Vorstand der PMG
Postfach 1928, 53009 Bonn

Redaktion

Dr. Marco Althaus (V.i.S.d.P.)
Roonstraße 19, 30163 Hannover
Tel./Fax: (0511) 39 44 347
E-Mail: althaus@p-mg.com

Vorstand 1997/98

Vorsitzender: Ralph Thiele
Stellvertreter: Heinz Schulte
Finanzen: Karina Forster
Schriftführer: Rolf Wagner

Beigeordnete:

Dr. Holger Mey
Dr. Ulrich Schlie